

# Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0421/2007

**Abteilung:** Schule und Sport

**Bearbeiter/in:**

| Beratungsfolge       | Termin     | Behandlung | Beratungsstatus |
|----------------------|------------|------------|-----------------|
| Schulträgerausschuss | 27.11.2007 | öffentlich | Information     |

**Betreff: Vorstellung der geplanten neuen Schulstruktur in Rheinland-Pfalz,  
Ltd. RSD Tilbert Müller, ADD Neustadt**

## Information:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

30.10.2007

### **Ministerin Ahnen: Neue Schulstruktur in Rheinland-Pfalz fördert Chancengleichheit und Durchlässigkeit, zeigt klare Wege und bietet gute Perspektiven**

Eine Weiterentwicklung der Schulstruktur und zusätzliche pädagogische Angebote machen die Schullandschaft in Rheinland-Pfalz fit für die Zukunft. „Wir greifen die demografische Entwicklung und das veränderte Bildungswahlverhalten von Eltern auf. Wir wollen gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz wohnortnahe Bildungsangebote sichern. Klare Wege sollen für mehr Chancengleichheit, mehr Durchlässigkeit und gute Perspektiven sorgen“, unterstrich Bildungsministerin Doris Ahnen bei der Vorstellung der neuen Leitlinien für die Schulentwicklung im Land, die vom Schuljahr 2009/2010 an gelten sollen. Diese Leitlinien eröffnen dem Hauptschulbildungsgang neue Perspektiven, ermöglichen ein längeres gemeinsames Lernen und bieten Schülerinnen und Schülern zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten an. „Kurz gefasst: Rheinland-Pfalz setzt in Zukunft bei seinen Schulen auf Zweigliedrigkeit mit Plus“, so Ahnen.

Das künftige Angebot der weiterführenden Schulen umfasse neben dem Gymnasium und der Integrierten Gesamtschule (IGS) die neue **Realschule plus**. Diese biete unter ihrem Dach die beiden Schulformen Kooperative Realschule und Regionale Schule an, die zum Mittleren Schulabschluss und zum Abschluss der Berufsreife führen. Bei entsprechenden Voraussetzungen biete die Realschule plus zudem die **Fachhochschulreife** an.

Die Kooperative Realschule bilde nach der verbindlichen gemeinsamen Orientierungsstufe ab der Klassenstufe 7 abschlussbezogene Klassen, die sich durch eine starke Durchlässigkeit nach oben auszeichnen sollten. Die Regionalen Schulen unterrichteten wie bisher nach der gemeinsamen Orientierungsstufe die Schülerinnen und Schüler des Haupt- und des Realschulbildungsgangs integrativ oder teilintegrativ. Zusätzlich werde an ausgewählten Realschulen plus das Projekt „**Keiner ohne Abschluss**“ gestartet, kündigte die Bildungsministerin an: „Wir wollen ein spezielles 10. Schuljahr für Schülerinnen und Schüler anbieten, die nach der 9. Klasse den Abschluss der Berufsreife noch nicht erreicht haben. Ziel des Projekts ist, dass die Abbrecherquote deutlich gesenkt wird.“ Um die pädagogischen Voraussetzungen weiter zu verbessern, sei zudem für die neu entstehenden

Realschulen plus in der **verbindlichen gemeinsamen Orientierungsstufe** eine maximale Klassengröße von 25 Schülerinnen und Schülern vorgesehen. Ab dem Schuljahr 2013/2014 solle das für alle Orientierungsstufen an den Kooperativen Realschulen und den Regionalen Schulen gelten.

### **Verlässliche Planung und zügige Umsetzung**

Die jetzt vorgelegten Leitlinien unterstützen die Städte und Landkreise bei der Schulentwicklungsplanung, die im neuen Schulgesetz verpflichtend geregelt wird. Sehr zügig werde nun die Novelle des Schulgesetzes auf den Weg gebracht, damit bereits zum Schuljahr 2009/10 die ersten neuen Realschulen plus errichtet werden können, kündigte Doris Ahnen an. Sie gehe davon aus, dass die neue Schulstruktur den Schulträgern und ihren Gremien beste Chancen eröffne, ihre Schullandschaft zukunftssicher und regionalbezogen zu gestalten. Die Schulaufsicht behalte sich jedoch vor, aus pädagogischen und schulorganisatorischen Gründen beim Unterschreiten von Mindestgrößen kleinere Haupt- und Realschulen von sich aus bereits in der Übergangsphase in größere Verbünde zu überführen. Ab dem Schuljahr 2013/14 seien die neuen Strukturen dann gesetzlich verbindlich. „Das heißt, alle Realschulen plus halten dann ein Angebot sowohl für Schülerinnen und Schüler des Real- als auch des Hauptschulbildungsgangs vor, und es soll spätestens dann in Rheinland-Pfalz keine eigenständigen Hauptschulen mehr geben“, sagte die Ministerin. Sie setze beim Gesetzgebungsverfahren auf eine konstruktive Debatte mit allen am Schulleben Beteiligten. Die Gespräche im Vorfeld der Konzept-Erstellung seien sehr sachorientiert verlaufen. „Wenn sich alle im gesellschaftlichen und politischen Raum Tätigen bewusst sind, dass es nicht um die Pflege von individuellen Ansichten geht, sondern um die Zukunft von Kindern und Jugendlichen, dann werden wir die Schulstruktur auf einen guten Weg bringen“, unterstrich Doris Ahnen.

### **Mehr Förderung und mehr Aufstiegschancen**

Mit dem jetzt vorliegenden Konzept verfolge die Landesregierung eine Reihe pädagogischer Ziele, die auch bereits frühere Reformvorhaben – wie das Ganztagschulprogramm, den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit und die Intensivierung frühkindlicher Bildung und Erziehung – geprägt hätten, so die Ministerin. „Im Zentrum steht der **Ausbau der individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen**. Wir wollen Veränderungen der Schulstruktur mit Qualitätsverbesserungen für die Schülerinnen und Schüler verknüpfen.“ Die verbindliche gemeinsame Orientierungsstufe in der Realschule plus Sorge dafür, dass die Förderung ausgeweitet und die Entscheidung über den späteren Bildungsabschluss für mehr Kinder länger offengehalten werden könne. „Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die über die Grundschulzeit hinaus länger gemeinsam lernen, ist bereits in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen und liegt derzeit bei rund 25 Prozent“, erinnerte die Ministerin. Dies sei auch das Ergebnis der guten Arbeit in den Integrierten Gesamtschulen (IGS), deren Ausbau weiter unterstützt werde. Zunehmend sähen Schulträger im Angebot der Integrierten Gesamtschule eine sinnvolle Alternative, gerade in bevölkerungsärmeren Regionen möglichst alle Schulabschlüsse wohnortnah anzubieten. Deshalb sollten die Voraussetzungen für die Errichtung einer IGS im Schulgesetz angepasst werden.

Die Unterstützung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler werde unter anderem mit dem **Projekt „Keiner ohne Abschluss“** intensiviert. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss (inklusive der Förderschulabgänger) lag in Rheinland-Pfalz im Jahre 2006 mit 7,7

Prozent – wie in den Jahren davor – unter dem Bundesdurchschnitt. „Aber wir dürfen keine Schülerin und keinen Schüler verloren geben“, sagte die Bildungsministerin. Deshalb setze man sich das Ziel, die Schulabbrecherquote weiter deutlich zu verringern. Für alle Schülerinnen und Schüler würden außerdem die Angebote zur Berufsorientierung ausgebaut und so der Übergang in die Berufsausbildung und in den Beruf verbessert. In diesem Zusammenhang solle auch der in Modellregionen gestartete wöchentliche Praxistag im Hauptschulbildungsgang flächendeckend eingeführt werden.

Um den zukünftigen Bedarf an qualifizierten Fachkräften besser abdecken zu können, werde die Möglichkeit eröffnet, an Realschulen plus eine **Fachoberschule** anzugliedern. Dort könnten Schülerinnen und Schüler direkt nach dem mittleren Schulabschluss in zwei Jahren zum Zeugnis der Fachhochschulreife geführt werden. Dies sei ein wichtiges Signal an die Eltern, dass die Realschule plus hervorragende Perspektiven für ihre Kinder biete. Bei Interesse könnten Absolventinnen und Absolventen dieser Fachoberschulen über die Berufsoberschule II an den berufsbildenden Schulen auch noch die allgemeine Hochschulreife erwerben.

„Unser Ziel ist, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu guten und höheren Bildungsabschlüssen zu führen, um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken und den Zugang zu den Hochschulen zu verbreitern“, unterstrich Doris Ahnen. Selbstverständlich stehe dabei die Qualität des Angebots im Mittelpunkt.

Mit der neuen Schulstruktur habe sich Rheinland-Pfalz erneut ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. „Ich bin mir sicher, dass alle davon profitieren: Schulen, Schulträger, Lehrkräfte, Eltern, aber vor allem die Schülerinnen und Schüler“, betonte Bildungsministerin Doris Ahnen abschließend.

Speyer, den 16.11.2007